

Statement zum *Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2025*

(ca. 2.000 Zeichen)

Religionsfreiheit weltweit unter Druck – Christen besonders betroffen

Prof. Dr. Thomas Schirmacher – gerade zurückgekehrt aus Syrien und der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, wo er sich mit Vertretern religiöser Minderheiten getroffen hat – erklärte bei der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des *Jahrbuches Verfolgung und Diskriminierung von Christen* am 15. Oktober 2025 in Berlin:

„Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht – doch weltweit wird sie zunehmend bedroht. Besonders Christinnen und Christen sehen sich in vielen Regionen mit Verfolgung konfrontiert. Diese findet nicht nur durch direkte Gewalt statt (Morde, Entführungen), sondern auch durch Gesetzgebung, soziale Diskriminierung, Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben, Kontrolle von Kirche und Gottesdiensten. Die Zunahme von autoritären Regimen, religiösem Nationalismus, politischer Instabilität und gewaltsamen Konflikten verstärkt den Verfolgungsdruck. Die Lage der bedrängten Christen hat sich global gesehen deutlich verschlechtert, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Zwei Fallbeispiele aus dem neuen Band des *Jahrbuches Verfolgung und Diskriminierung von Christen* werden im Folgenden aufgegriffen:

Ein besonders dramatischer Brennpunkt ist **Nigeria**, wo islamistische Gruppen wie Boko Haram, ISWAP und Fulani-Milizen immer wieder gezielt christliche Gemeinden angreifen. Neben Terroranschlägen kommt es regelmäßig zu Entführungen, Morden und der Zerstörung kirchlicher Einrichtungen. Die Gewalt trifft nicht nur Einzelpersonen, sondern ganze Gemeinschaften, die in Angst und Unsicherheit leben müssen. Trotz aller Gewalt: Die christliche Bevölkerung wächst weiter. Nigeria wird voraussichtlich bis 2050 die drittgrößte christliche Nation der Welt sein. Projekte wie „Ärzte auf Rädern“ zeigen, dass Hilfe zur Selbsthilfe möglich ist. Doch der Bedarf bleibt riesig: Weitere Notärzte, Frühwarnsysteme und Evakuierungsmaßnahmen sind notwendig, um weitere Massaker zu verhindern.

Auch in **Pakistan**, wo Christen regelmäßig unter diskriminierenden Blasphemiegesetzen leiden, ist die Lage besorgniserregend. Bereits der bloße Vorwurf der Gotteslästerung kann ausreichen, um Menschen sozial zu ächten, gewaltsamen Übergriffen auszusetzen oder vor Gericht zu bringen. Zudem sind Mädchen aus religiösen Minderheiten – meist Hindus oder Christen – besonders von Entführungen, Zwangskonversionen zum Islam und Kinderehen betroffen. Trotz gesetzlicher Regelungen bleibt die Umsetzung schwach. Einige Gerichte zeigen Fortschritte im Schutz Minderjähriger, doch Diskriminierung besteht weiter. Internationaler Druck, etwa seitens der EU, erhöht den Reformdruck. Es gibt vorsichtige Anzeichen für Verbesserungen – aber die Lage bleibt ernst.“